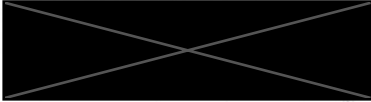


# Landgericht Frankfurt (Oder)



Landgericht Frankfurt (Oder) | Postfach 11 75 | 15201 Frankfurt (Oder)

Herrn  
Marko Tittel



Müllroser Chaussee 55 | 15236 Frankfurt  
(Oder)

Telefon: 0335 366-0

Telefax: 0335 366-5729

[www.lg-frankfurt-oder.brandenburg.de](http://www.lg-frankfurt-oder.brandenburg.de)

## 2. Strafkammer

Auskunft

Telefon:



Aktenzeichen (bei Antwort bitte angeben):

**22 Qs 40/19**

Ihr Zeichen:

Frankfurt (Oder), 21.01.2022

Sehr geehrter Herr Tittel,

in der Strafsache gegen

**Marko Tittel**

übersenden wir Ihnen die Kopie der Stellungnahme der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder)  
vom 11.01.2022.

Es besteht Gelegenheit zur Stellungnahme binnen 10 Tagen.

Mit freundlichen Grüßen

Landgericht, 2. Strafkammer

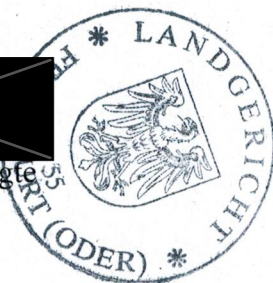


Richter

Beglaubigt



Justizbeschäftigte



Pandemiebedingt können Öffnungs- und Sprechzeiten eingeschränkt sein. Bitte informieren Sie sich auf der Internetseite des Gerichts über ggf. pandemiebedingt bestehende Einschränkungen. In dringenden Angelegenheiten, die eine persönliche Vorsprache erforderlich machen, vereinbaren Sie bitte vorab einen Termin.

**Datenschutzhinweis:** Durch das Gericht werden die für die Bearbeitung des gerichtlichen Verfahrens erforderlichen Daten elektronisch gespeichert und verarbeitet. Weitere Informationen können sie der Internetpräsentation des Gerichts entnehmen.

**Öffentlicher Nahverkehr:** Haltestelle Landesbehördenzentrum; TRAM 4, BUSSE 981 bzw. 442, 443 (EPNV)



# Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder)

Schwerpunktabteilung zur Bekämpfung der  
grenzüberschreitenden banden- oder gewerbsmäßig begangenen  
Eigentumskriminalität im Land Brandenburg

Kopie



Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) - Postfach 1352 - 15203 Frankfurt (Oder)

Landgericht Frankfurt (Oder)  
Müllroser Chaussee 55  
15236 Frankfurt (Oder)

E: 13. Jan. 2022

Gemeinsame Briefannahmestelle Land- und Amtsgericht Frankfurt (O.)	
Eingang:	12. Jan. 2022 8
Uhrzeit:	Uhr
Anlagen:	Bd.
Scheck:	EUR

Telefon: 0335 5548-0

Durchwahl:

Telefax: 0335 5548-8100

Datum: 11.01.2022

Aktenzeichen: 228 Js 29241/17

(bei Antwort bitte angeben)

Ihr Zeichen: 22 Qs 40/19

Beschwerdeverfahren des Herrn Marco Tittel

13. Jan. 2022  
Vorlage Vors. (BE) / Dez.  
Rpfl. / Anw.

- Abk liegt vor -

In dem o.g. Beschwerdeverfahren wird seitens der Staatsanwaltschaft die nachfolgende  
Stellungnahme abgegeben:

Der Beschwerdeführer begehrt gem. § 101 Abs. 7 StPO die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der  
automatischen Kennzeichenerfassung und -speicherung. Die Maßnahme erweist sich als  
rechtmäßig.

## A. Sachverhalt und Verfahrensablauf

### I. Sachverhalt

Bei der automatischen Kennzeichenerfassung KESY handelt es sich um eine wichtige  
Ermittlungsmaßnahme, die von den Staatsanwaltschaften des Landes zur Aufklärung von  
Straftaten erheblicher Bedeutung eingesetzt wurde und wird. Sie kam unter anderem zum Einsatz  
in den von dem Beschwerdeführer in seiner Verfassungsbeschwerde genannten Verfahren der  
Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) mit den Aktenzeichen 228 Js 29241/17 und 228 Js 12081/19.

Hausanschrift: Bachgasse 10a, 15230 Frankfurt (Oder)

**Öffentliche Verkehrsmittel:**  
Straßenbahn 2, 3 bis Haltestelle  
Oderturm oder Gartenstraße  
Bus 980, 981 bis Haltestelle  
Brunnenplatz

**Bankverbindung:**  
Zahlungsempfänger: Landeshauptkasse  
IBAN: DE71 3005 0000 7110 4044 44  
BIC: WELADEDXXX

**Servicezeiten:**  
Mo. bis Fr. von 08:30 Uhr - 12:00 Uhr und  
13:00 - 15:00 Uhr (freitags bis 14:00 Uhr)



Das Verfahren mit dem Aktenzeichen 228 Js 29241/17 richtet sich gegen mehrere Beschuldigte wegen des Vorwurfs des schweren Bandendiebstahls. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, seit August 2016 arbeitsteilig Bootsmotoren von privaten Schiffseignern, Fischern, Sportvereinen und Wasserschiffahrtsämtern entwendet zu haben, aber auch Arbeitstechnik, Arbeitskleidung und Werkzeuge des Wasserschiffahrtsamtes Frankfurt (Oder) und dessen im Land verteilter Außenstellen sowie von Deichverbänden. Der durch die Diebstähle entstandene Gesamtschaden beläuft sich auf über 1 Million Euro. Neben dem Schaden durch den Diebstahl der Motoren ist regelmäßig ein erheblicher weiterer Schaden zu verzeichnen, da die Beschuldigten sich häufig zunächst der vollständigen Boote bemächtigten, diese an einen ungestörten Ort am Gewässer fuhren, dort die Motoren abbauten und die Boote in der Folge ihrem weiteren Schicksal überließen, was bei Strömungsgewässern meist Schäden an den Booten zu Folge hatte.

Die Ermittlungen gestalteten sich schwierig, da die Beschuldigten sehr konspirativ vorgingen. Zunächst konnten durch die Auswertung der Funkzellendaten der jeweiligen Tatorte polnische Rufnummern ermittelt werden. Im Rahmen der gerichtlich angeordneten Telekommunikationsüberwachung hat sich herausgestellt, dass die Täter regelmäßig die privat genutzten Mobilfunktelefone bei der Tatbegehung ausschalteten oder sogenannte Arbeitshandys nutzten, die sie mit immer wechselnden polnischen SIM-Karten betrieben. Dennoch ist es gelungen, die privaten Mobilfunknummern zweier polnischer Hauptbeschuldigter zu ermitteln. Aus durchgeführten Polizeikontrollen wurde bekannt, welche Fahrzeuge durch die Täter zur Tatbegehung genutzt wurden.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft erließ das Amtsgericht Frankfurt (Oder) neben Beschlüssen zur Telekommunikationsüberwachung und Standortdatenermittlung seit September 2017 auch Beschlüsse zur längerfristigen Observation der Beschuldigten und ihrer Fahrzeuge gem. §§ 163f Abs. 1, 2 und 3 Satz 1 StPO sowie zur polizeilichen Beobachtung und Ausschreibung gem. § 163e Abs. 1 Sätze 1 und 2, Abs. 4 StPO. Der zuständige Staatsanwalt ordnete jeweils Maßnahmen nach § 100h Nr. 1 und 2 StPO, insbesondere auch die Nutzung von KESY im Aufzeichnungsmodus an. Am 22. Januar 2020 erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen sieben der ursprünglich acht Beschuldigten zum Landgericht Frankfurt (Oder) - Jugendkammer.

Auch unter dem Aktenzeichen 228 Js 12081/19 führt die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des schweren Bandendiebstahls nach § 244a StGB. Die Beschuldigten sind verdächtig, einer Bande anzugehören, die hochwertige PKW mit dem Schwerpunkt auf Fahrzeuge der Marke Audi entwendet. Der Bande werden mindestens sechs vollendete Diebstähle und ein versuchter Diebstahl entsprechender Fahrzeuge seit Mai 2019



zugeordnet. Die Fahrzeuge, auf die sich die Taten bezogen, haben einen Gesamtwert von 300.000 Euro.

In dem Verfahren 228 Js 12081/19 erließ das Amtsgericht Frankfurt (Oder) am 4. Juni 2019 antragsgemäß einen Beschluss gem. § 163f StPO gegen die Beschuldigten und bezüglich des von ihnen genutzten Fahrzeugs. Am 7. Juni 2019 ordnete der zuständige Dezernent gem. § 100 h StPO die Verwendung sonstiger besonderer für Observationszwecke bestimmter technischer Mittel an, insbesondere die Nutzung des Kennzeichenerfassungssystems KESY im Aufzeichnungsmodus.

## II. Funktionsweise KESY

Die automatische Kennzeichenerfassung (KESY) ermöglicht die Erfassung von Kennzeichen im sogenannten Fahndungs- und Aufzeichnungsmodus. Die Datenerfassung erfolgt bei beiden Modi dadurch, dass ein Lasertrigger die Fahrbahn nach Bewegungen abtastet. Wird ein Fahrzeug erfasst, wird die Kamera aktiviert und ein Bild aufgenommen. Es entsteht eine rückwärtige Aufnahme des Fahrzeugs sowie ein vergrößertes Bild der Kennzeichentafel. Insassen sind nicht zu erkennen. Um die Lesbarkeit der Kennzeichen zu verbessern, wird gleichzeitig ein Infrarotblitz ausgelöst, der die reflektierenden Teile des Kennzeichens hervorhebt und dadurch das Lesen der Buchstaben-Zahlen-Kombination des Kennzeichens unterstützt. Die Software liest das auf der Ablichtung erkannte Kennzeichen, wandelt es in eine für Computer verständliche Sprache um und sendet es über eine Telefonleitung an den Server.

Beim Fahndungsmodus prüft das System auf dem Server, ob das Kennzeichen im Fahndungssystem vorhanden ist. Liegt kein Treffer vor, werden das angefertigte Bild sowie das gelesene Kennzeichen sofort gelöscht. Im hier relevanten Aufzeichnungsmodus werden aufgenommene Bilder und Lesungen auf dem Server zur weiteren Verarbeitung gespeichert. Dem Polizeipräsidium des Landes Brandenburg liegen Daten rückwirkend seit 1. April 2017 vor. Die Daten werden im Zuge der Umsetzung mehrerer gerichtlicher Beschlüsse zur längerfristigen Observation im Rahmen von strafrechtlichen Ermittlungsverfahren erhoben.

Aufgenommene Ablichtungen und Lesungen werden auf einem Server des Brandenburgischen IT-Dienstleisters ZITBB im Auftrag des Zentraldienstes der Polizei in Zossen gespeichert. Die gelesenen Kennzeichen werden in einer CSV-Datei abgelegt und können darin recherchiert werden.



Richterliche Beschlüsse zur längerfristigen Observation werden von den zuständigen Ermittlern aus dem gesamten Bundesgebiet per E-Mail oder E-Post an das Einsatz- und Lagezentrum der Polizei (ELZ) übersandt. Nach dem Eingang erfolgt die Prüfung durch den Sachbearbeiter KESY, ob die Voraussetzungen zur Einstellung in das Kennzeichenfahndungssystem vorliegen. Liegen die Voraussetzungen vor, werden die genannten Kennzeichen in das System eingegeben, wo sie bis zum Ablauf des Beschlusses verbleiben. Die von den Ermittlern übermittelten Fahndungsinformationen werden hinterlegt und im Trefferfall bearbeitet. Zu jedem eingehenden Beschluss wird eine sogenannte KESY-Fall-Akte angelegt. Die Laufzeiten der Beschlüsse werden durch die Sachbearbeiter KESY überwacht.

Der Zugriff auf die gespeicherten Daten und Bildaufnahmen erfolgt über eine spezielle Software. Daten und Bilder können angezeigt und in eine CSV-Datei exportiert werden. Eine Filterung nach konkreten Kennzeichen, Kameras der KESY-Anlage und Zeiträumen ist möglich. Die exportierte CSV-Datei ermöglicht Vergleiche und Auswertungen der Daten. Der Zugriff auf den Server ist nur durch die Sachbearbeiter KESY möglich. Daten aus laufenden Verfahren werden regelmäßig durch die ermittlungsführenden Dienststellen abgefragt. An diese werden die im Aufzeichnungsmodus erhobenen Daten übermittelt und von diesen ausgewertet. Die Auswertung und Übermittlung werden in der jeweiligen Fallakte dokumentiert.

Die Löschung der gespeicherten Daten erfolgt jeweils nach Mitteilung der ermittlungsführenden Stelle auf Weisung der sachleitenden Staatsanwaltschaft. Durch den Sachbearbeiter KESY wird zunächst geprüft, ob der zu löschende Zeitraum auch von Anordnungen aus anderen Verfahren erfasst ist. Eine Löschung erfolgt nur dann, wenn es für den betreffenden Zeitraum keine weiteren laufenden Verfahren gibt. Dies war im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Brandenburg seit Anfang des Jahres 2017 noch nicht der Fall.

### III. Das der Beschwerde zugrundeliegende Verfahren

Der Beschwerdeführer hat mit Schreiben vom 10. Juni 2019 beim Amtsgericht Frankfurt (Oder) gem. § 101 Abs. 7 Satz 2 StPO die Überprüfung der Rechtmäßigkeit des Einsatzes der automatischen Kennzeichenerfassung KESY beantragt. Er sieht sich in seinem Recht auf informationelle Selbstbestimmung verletzt, da die Brandenburger Polizei entlang der Bundesautobahn 11, die er selbst mit seinem PKW regelmäßig nutze, an zwei Standorten mit dem Programm "KESY" im Aufzeichnungsmodus automatisch Kfz-Kennzeichen erfasse und speichere.

Das Amtsgericht Frankfurt (Oder) hat den Antrag des Beschwerdeführers mit Beschluss vom 24. Juni 2019 als unzulässig abgelehnt, da dieser nicht antragsberechtigt sei. Die Daten des



Beschwerdeführers würden nur zufällig miterfasst, weshalb eine Antragsberechtigung weder nach § 101 Abs. 7 Satz 2 StPO noch nach § 98 Abs. 2 Satz 2 StPO gegeben sei. Seine dagegen gerichtete sofortige Beschwerde vom 26. Juni 2019 hat das Landgericht Frankfurt (Oder) mit Beschluss vom 9. Juli 2019 als unbegründet, die daraufhin eingereichte Anhörungsrüge mit Beschluss vom 18. Juli 2019 als unzulässig verworfen.

Gegen die genannten Beschlüsse hat der Beschwerdeführer Verfassungsbeschwerde eingelegt, mit der er die Verletzung seines Grundrechts auf Gewährung effektiven Rechtsschutzes aus Art. 6 Abs. 1 der Verfassung des Landes Brandenburg (LV) bzw. aus Art. 19 Abs. 4 GG rügt. Mit Beschluss vom 19. März 2021 (VfGBbg 62/19) hat das Verfassungsgericht des Landes Brandenburg festgestellt, dass der Beschluss des Landgerichts Frankfurt (Oder) vom 9. Juli 2019 den Beschwerdeführer in seinem Grundrecht auf effektiven Rechtsschutz aus Art. 6 Abs. 1 Verfassung des Landes Brandenburg verletzt, den angefochtenen Beschluss aufgehoben und die Sache zur erneuten Entscheidung an das Landgericht Frankfurt (Oder) zurückverwiesen.

#### B. Rechtliche Würdigung

Die sofortige Beschwerde des Beschwerdeführers vom 26. Juni 2019 ist gem. § 101 Abs. 7 Satz 3 StPO zulässig, insbesondere fristgemäß eingelegt. Das Rechtsmittel ist indes unbegründet. Der Beschwerdeführer begehrt gem. § 101 Abs. 7 Satz 2 StPO die Feststellung, dass die Anordnung der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder), mit der diese in den oben genannten Verfahren im Zusammenhang mit der richterlichen Anordnung der längerfristigen Observation gem. § 163f StPO die Verwendung sonstiger besonderer für Observationszwecke bestimmter technischer Mittel, hier die Nutzung des Kennzeichenerfassungssystems KESY im Aufzeichnungsmodus gem. § 100 h Abs. 1 Nr. 2 StPO festgelegt hat, sowie die Art und Weise der Umsetzung dieser Anordnung rechtswidrig sind.

Diesen Antrag hat das Amtsgericht Frankfurt (Oder) im Ergebnis zu Recht abgelehnt, da der Beschwerdeführer in seinem Recht auf informationelle Selbstbestimmung nicht verletzt ist. Zwar stellen die Anordnung der automatischen Kennzeichenerfassung und -speicherung und ihre Umsetzung einen Eingriff in den Schutzbereich dieses Grundrechts dar. Dieser ist indes durch § 100h Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StPO gerechtfertigt. Soweit die Art und Weise des Vollzugs der Anordnung im Hinblick auf die Verhältnismäßigkeit Bedenken aufwirft, sind diese unter Berücksichtigung der von der Generalstaatsanwältin des Landes Brandenburg aufgestellten Maßgaben noch hinzunehmen, zumindest für einen Übergangszeitraum bis zu einer gesetzlichen Regelung der automatischen Kennzeichenerfassung und -speicherung im Strafverfahren, die zwischenzeitlich erfolgt ist.



## I. Eingriff in den Schutzbereich

Der Schutzbereich des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung ist durch die beanstandete Maßnahme berührt. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung als Ausprägung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts aus Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG gewährleistet die aus dem Gedanken der Selbstbestimmung folgende Befugnis des Einzelnen, grundsätzlich selbst zu entscheiden, wann und innerhalb welcher Grenzen persönliche Lebenssachverhalte offenbart werden (vgl. BVerfG, Urteil vom 15. Dezember 1983-1 BvR 209/83, zitiert nach juris, Rn. 149, BVerfGE 65, 1). In Art. 11 Abs. 1 der Verfassung des Landes Brandenburg ist dieses Recht ausdrücklich als spezielles Grundrecht - Recht auf Datenschutz - hervorgehoben worden.

Der Schutzzumfang des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung beschränkt sich nicht auf Informationen, die bereits ihrer Art nach sensibel sind und schon deshalb grundrechtlich geschützt werden. Auch der Umgang mit personenbezogenen Daten, die für sich genommen nur geringen Informationsgehalt haben, kann, je nach seinem Ziel und den bestehenden Verarbeitungs- und Verknüpfungsmöglichkeiten, grundrechtserhebliche Auswirkungen auf die Privatheit und Verhaltensfreiheit des Betroffenen haben. Insofern gibt es unter den Bedingungen der elektronischen Datenverarbeitung kein schlechthin, also ungeachtet des Verwendungskontextes, belangloses personenbezogenes Datum mehr (vgl. BVerfG a. a. O. Rn. 152; BVerfG, Urteil vom 11. März 2008 - 1 BvR 2074/05, zitiert nach juris, Rn. 66, BVerfGE 120, 378; BVerfG, Beschluss vom 18. Dezember 2018-1 BvR 142/15, zitiert nach juris, Rn. 38).

Auch entfällt der grundrechtliche Schutz nicht schon deshalb, weil die betroffene Information öffentlich zugänglich ist. Auch wenn der Einzelne sich in die Öffentlichkeit begibt, schützt das Recht auf informationelle Selbstbestimmung dessen Interesse, dass die damit verbundenen personenbezogenen Informationen nicht im Zuge automatisierter Informationserhebung zur Speicherung mit der Möglichkeit der Weiterverwertung erfasst werden (BVerfG, Urteil vom 11. März 2008 - 1 BvR 2074/05 zitiert nach juris, Rn. 67, BVerfGE 120, 378; BVerfG, Beschluss vom 18. Dezember 2018-1 BvR 142/15, Rn. 39).

Danach unterfällt der Einsatz der automatischen Kennzeichenerfassung KESY dem Schutzbereich des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung. Es werden die Kennzeichen der Fahrzeuge erfasst, die die Anlage passieren, sowie Ort und Zeit der Erhebung. Diese Daten werden im Aufzeichnungsmodus für die spätere Auswertung gespeichert. Es handelt sich um eine Verarbeitung personenbezogener Daten, denn die Kennzeichen sind den Haltern individuell



zugeordnet und mit ihnen lassen sich deren Name, Anschrift und weitere Informationen ermitteln (BVerfG, Beschluss vom 18. Dezember 2018 - 1 BvR 142/15, Rn. 40).

Die Erfassung, Speicherung und weitere Verwendung der erhobenen Daten stellen jeweils eigenständige Grundrechtseingriffe gegenüber allen Personen dar, deren Kennzeichen in die Kontrolle einbezogen werden (vgl. BVerfG a. a. O. Rn. 42, 47).

## II. Rechtfertigung des Eingriffs

Die Eingriffe in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sind auf der Grundlage von § 100h Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StPO gerechtfertigt.

### 1. Einschränkung des Grundrechts

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist nicht schrankenlos gewährt. Der Einzelne muss vielmehr Einschränkungen seines Rechts im überwiegenden Allgemeininteresse hinnehmen (BVerfG, Urteil vom 15. Dezember 1983-1 BvR 209/83. Rn. 150). Eine zulässige Beschränkung des Grundrechtsschutzes erfordert eine gesetzliche Ermächtigungsgrundlage, die Anlass, Verwendungszweck und Grenzen des Eingriffs bereichsspezifisch, bestimmt und normenklar regelt und dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gerecht wird (BVerfG, Urteil vom 11. März 2008 - 1 BvR 2074/05, Rn. 75ff; Beschluss vom 11. August 2009 - 2 BvR 941/08, NJW 2009, 3293). Gesetzliche Grundlage für die Erhebung, Speicherung und weitere Verwendung der durch die automatische Kennzeichenerfassung gewonnenen Daten ist § 100h Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StPO, der im Hinblick auf seinen bereichsspezifischen Regelungsgehalt den an eine grundrechtsbeschränkende Ermächtigungsnorm zu stellenden Anforderungen genügt (vgl. BVerfG, Urteil vom 12. April 2005 - 2 BvR 581/01, BVerfGE 112, 304 bzgl. der Vorgängernorm § 100c Abs. 1 Nr. 1b StPO a. F.).

### 2. Verfassungsmäßigkeit von § 100h StPO

§ 100h StPO entspricht im Wesentlichen dem Wortlaut der durch das Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität (OrgKG) vom 15. Juli 1992 eingeführten Regelung des § 100c Abs. 1 Nr. 1b StPO a. F. und enthält die für den Grundrechtseingriff erforderliche Ermächtigung für die Verwendung sonstiger besonderer für Observationszwecke bestimmter technischer Mittel auch ohne Wissen des Betroffenen außerhalb von Wohnungen (Wolter in SK-StPO, 4. Auflage, § 100h Rn. 2).



Der Einsatz der für Observationszwecke bestimmten technischen Mittel muss der Erforschung des Sachverhalts oder der Ermittlung des Aufenthaltsortes des Beschuldigten und damit Ermittlungszwecken dienen. Die Maßnahme setzt einfachen Tatverdacht voraus und hängt davon ab, dass Gegenstand der Untersuchung eine Straftat von erheblicher Bedeutung ist. Das Merkmal der erheblichen Bedeutung ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts geeignet, Grundrechtseingriffe im Strafverfahren einer hinreichend bestimmten Begrenzung zu unterwerfen. Eine solche Straftat muss mindestens dem Bereich der mittleren Kriminalität zuzurechnen sein, den Rechtsfrieden empfindlich stören und dazu geeignet sein, das Gefühl der Rechtssicherheit der Bevölkerung erheblich zu beeinträchtigen (vgl. BVerfG, Urteil vom 12. April 2005 - 2 BvR 581/01, zitiert nach juris, Rn. 46).

Durch die Subsidiaritätsklausel in § 100h Abs. 1 Satz 1 StPO wird der Einsatz der Ermittlungsmaßnahme zusätzlich auf die Fälle begrenzt, in denen mildere Mittel nicht ausreichen, um den Zweck der Maßnahme zu erfüllen.

Der Anwendungsbereich der Norm ist durch die Beschränkung auf technische Mittel, die weder zur Aufnahme von Bildern noch zur Aufzeichnung des gesprochenen Wortes bestimmt sind (BT-Drs 12/989 S. 39), ausreichend abgegrenzt. Der Gesetzgeber hat das Merkmal "besondere für Observationszwecke bestimmte technische Mittel" eingeführt und davon abgesehen, die einzelnen technischen Geräte, die für die Observation in Betracht kommen, näher zu benennen. Dies genügt dem verfassungsrechtlichen Bestimmtheitsgebot. Das Bestimmtheitsgebot verlangt vom Gesetzgeber zwar, dass er technische Eingriffsinstrumente genau bezeichnet und dadurch sicherstellt, dass der Adressat den Inhalt der Norm jeweils erkennen kann. Es verlangt aber keine gesetzlichen Formulierungen, die jede Einbeziehung kriminaltechnischer Neuerungen ausschließen (BVerfG a. a. O. Rn. 49). Vor diesem Hintergrund ist die Wahl des Begriffs des sonstigen technischen Mittels, der dem technischen Fortschritt Raum lässt und auch die Verwendung von zum Zeitpunkt des Erlasses der Vorschrift noch nicht zur Strafverfolgung eingesetzter Systeme ermöglicht (vgl. BGH, Urteil vom 24. Januar 2001 - 3 StR 324/00, NJW 2001, 1658, 1659), ausreichend bestimmt.

Die Norm entspricht zudem den verfassungsrechtlichen Anforderungen, soweit angesichts der Gefahren der automatischen Datenverarbeitung als verfahrensrechtliche Schutzvorkehrungen Aufklärungs-, Auskunfts- und Löschungspflichten erforderlich sind (vgl. BVerfG Urteil vom 15. Dezember 1983-1 BvR 209/83, Rn. 156).

Grundrechtsschützende Verfahrensregelungen sind in § 101 StPO enthalten, unter anderem Benachrichtigungspflichten gegenüber der Zielperson der Maßnahme sowie der erheblich



mitbetroffenen Person (§ 101 Abs. 4 StPO), besondere Rechtsschutzmöglichkeiten (§ 101 Abs. 7 StPO) und die Pflicht, die durch die Maßnahme erlangten personenbezogenen Daten unverzüglich zu löschen, sofern diese für die Strafverfolgung und für die etwaige gerichtliche Überprüfung der Maßnahme nicht mehr erforderlich sind (§ 101 Abs. 8 StPO).

Die Vorschrift § 100h Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StPO beschränkt das Recht auf informationelle Selbstbestimmung auch nicht unverhältnismäßig.

Das Mittel - die Verwendung technischer Instrumente - ist geeignet, den Zweck der Vorschrift zu erreichen, der darin liegt, Tatsachen festzustellen, die für die Erforschung des Sachverhalts oder für die Ermittlung des Aufenthaltsortes des Beschuldigten von Bedeutung sind. Die Maßnahme ist zudem bereits aufgrund der Subsidiaritätsklausel auf die Fälle beschränkt, bei denen ihr Einsatz erforderlich ist, weil andere gleich wirksame, aber weniger eingriffsintensive Mittel nicht zur Verfügung stehen. Die Norm genügt auch dem Gebot der Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne. Sie knüpft an das Vorliegen einer Straftat von erheblicher Bedeutung an und formuliert damit eine erhöhte Eingriffsschwelle. Die Eingriffe in das allgemeine Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 GG i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG) durch die Verwendung von Instrumenten technischer Observation erreichen in Ausmaß und Intensität typischerweise nicht den unantastbaren Kernbereich privater Lebensgestaltung (vgl. BVerfG, Urteil vom 12. April 2005 - 2 BvR 581/01, Rn. 54) und sind daher zur Aufklärung und Verfolgung von Straftaten gerechtfertigt. Angesichts des erheblichen verfassungsrechtlich anerkannten Interesses an der Aufklärung und Verfolgung von Straftaten (BVerfG NJW 1979, 2349; BVerfG, Beschluss vom 1. November 1987 - 2 BvR 1434/86, zitiert nach juris, Rn. 20) handelt es sich damit um eine vom Gesetzesvorbehalt gedeckte und dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz Rechnung tragende Grundrechtsbeschränkung (vgl. BGH a. a. O.). Zusätzlich wird die Einhaltung des Gesetzesvorbehalts bei dem Einsatz technischer Observationsmaßnahmen im Rahmen einer längerfristigen Observation - wie hier - dadurch abgesichert, dass die längerfristige Beobachtung gem. § 163f Abs. 3 StPO unter einem Richtervorbehalt steht.

### 3. Voraussetzungen der §§ 163f, 100h StPO

Die Voraussetzungen für die Anwendung der automatischen Kennzeichenerfassung durch KESY im Rahmen der längerfristigen Observation gem. §§ 163f, 100h Abs. 1 Nr. 2 StPO lagen in den oben genannten Verfahren vor.

#### a) Rechtmäßigkeit der Anordnungen



Der Einsatz von KESY als Ermittlungsmaßnahme beruhte jeweils auf Anordnungen der Staatsanwaltschaft nach § 100h Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StPO. Diese ergingen jeweils im Zusammenhang mit der Anordnung der längerfristigen Observation der Beschuldigten nach § 163f StPO durch das Amtsgericht. Die Anordnungen nach § 100h Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StPO und nach § 163f StPO waren rechtmäßig.

#### aa) Anordnung der längerfristigen Observation

(1)

Das Amtsgericht Frankfurt (Oder) ordnete in dem Verfahren 228 Js 29241/17 mit Beschluss vom 20. September 2017 erstmals gem. § 163f StPO für die Dauer von drei Monaten die längerfristige, durchgehend länger als 24 Stunden dauernde und an mehr als zwei Tagen stattfindende Observation der Beschuldigten und der von ihnen genutzten Fahrzeuge an. Mit den Beschlüssen vom 11. Dezember 2017, 9. März 2018, 7. Juni 2018, 3. September 2018, 28. November 2018, 21. Februar 2019, 15. Mai 2019 ergingen weitere Anordnungen nach § 163f StPO jeweils für drei Monate, wobei entsprechend dem Fortgang der Ermittlungen weitere Beschuldigte bzw. Fahrzeuge einbezogen worden sind. In dem Verfahren 228 Js 12081/19 beschloss das Amtsgericht Frankfurt (Oder) am 4. Juni 2019, dass gem. § 163f StPO die Beschuldigten und das von ihnen genutzte Fahrzeug längerfristig zu observieren sind.

(2)

Die gem. § 163f Abs. 1 StPO geltenden Voraussetzungen für die Anordnung der längerfristigen Observation waren jeweils gegeben. Eine längerfristige Observation liegt vor, wenn die planmäßig angelegte Beobachtung des Beschuldigten durchgehend länger als 24 Stunden andauern oder an mehr als zwei Tagen stattfinden soll. Eine längere Observation darf nur angeordnet werden, wenn zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine Straftat von erheblicher Bedeutung vorliegen. Der Gesetzgeber hat darauf verzichtet, die Zulässigkeit der Maßnahme nach § 163f StPO an einen besonderen Straftatenkatalog zu knüpfen, da die längerfristige Observation nach Erfahrungen der Praxis in nahezu allen Bereichen der erheblichen Kriminalität unverzichtbar ist, vor allem bei Eigentums- und Vermögensdelikten (BT-Drs. 14/1484, S. 24). Die erhebliche Bedeutung ist insbesondere bei Verbrechen, bei schwer aufklärbaren Taten der organisierten Kriminalität sowie bei Serienstraftaten und bei Bandenkriminalität zu bejahen (BeckOK StPO/von Häfen, 34. Edition, § 163f Rn. 6; KK-StPO/Moldenhauer, 8. Auflage, § 163f Rn. 15).

In dem Verfahren 228 Js 29241/17 war ein Anfangsverdacht für eine Straftat von erheblicher Bedeutung zu bejahen. Den Beschuldigten wird schwerer Bandendiebstahl in 180 Fällen vorgeworfen. Die Taten sind gem. § 244a Abs. 1 StGB mit einer Mindeststrafe von 1 Jahr bedroht



und somit als Verbrechen nach § 12 Abs. 1 StGB einzuordnen. Es handelt sich dabei jeweils um eine Katalogtat nach § 100a Abs. 2 Nr. 1 lit. j StPO, die nach der Entscheidung des Gesetzgebers auch als schwere Straftat im Sinne von § 100a Abs. 1 Nr. 1 StPO zu qualifizieren ist.

Auch im Verfahren 228 Js 12081/19 ergab sich aus den Ermittlungen ein Anfangsverdacht wegen schweren Bandendiebstahls nach § 244a StGB gegen die Beschuldigten, so dass Straftaten von erheblicher Bedeutung im Raum stehen.

(3)

Ferner ist die längerfristige Observation nur zulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes des Täters auf andere Weise erheblich weniger Erfolg versprechend oder wesentlich erschwert wären. Die Maßnahme kommt danach nur in Betracht, wenn andere, den Betroffenen weniger belastende Ermittlungsmaßnahmen erheblich weniger Erfolg versprechen oder zu einer wesentlichen Erschwerung führen.

Dies war in den hier relevanten Verfahren der Fall. Aufgrund des konspirativen Vorgehens der Täter und des großen Tatgebietes waren die Ermittlungsmöglichkeiten in dem Verfahren 228 Js 29241/17 stark beschränkt. In dem Verfahren 288 Js 12081/19 standen ebenfalls keine anderen erfolgversprechenderen Ermittlungsmaßnahmen zur Verfügung.

(4)

Die Anordnungen ergingen jeweils für drei Monate und hielten damit die gesetzliche Höchstfrist nach § 163f Abs. 3 Satz 3 i. V. m. § 100e Abs. 1 Satz 4, 5 StPO ein. Sie richteten sich nur gegen die jeweils Beschuldigten. Dass von der längerfristigen Observation Dritte unvermeidbar mitbetroffen werden, steht ihrer Anordnung jeweils nicht entgegen, § 163f Abs. 2 StPO.

Die Anordnungen der längerfristigen Observation waren in den genannten Verfahren im Hinblick auf die schweren Tatvorwürfe auch verhältnismäßig. Ein Verstoß gegen das Übermaßverbot ist nicht ersichtlich.

bb) Anordnung nach § 100h StPO

(1)

In Ergänzung der richterlichen Anordnungen der längerfristigen Observation ordnete die Staatsanwaltschaft in dem Verfahren 228 Js 29241/17 jeweils an, dass gem. § 100h Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 StPO ohne Wissen der Betroffenen außerhalb von Wohnungen Bildaufnahmen hergestellt und sonstige besondere für Observationszwecke bestimmte technische Mittel



verwendet werden können. Die Verfügungen ergingen am 22. September 2017, 13. Dezember 2017, 5. März 2018, 6. Juni 2018, 4. September 2018, 27. November 2018, 25. Februar 2019 und 17. Mai 2019. Soweit die Verfügung aus Juni 2018 ein fehlerhaftes Datum trägt, handelt es sich um ein Versehen. Mit Verfügungen vom 2. Juli 2018 und vom 22. Mai 2019 erfolgte zudem der Hinweis, dass von der Anordnung des Einsatzes technischer Mittel auch die Nutzung des Kennzeichenerfassungssystems KESY umfasst ist. Mit Schreiben vom 6. August 2019 ordnete die Staatsanwaltschaft an, die Nutzung des Kennzeichenerfassungssystems KESY in dem Verfahren abzuschalten, da nach der zwischenzeitlichen Festnahme von drei Beschuldigten keine weiteren Diebstähle von Außenbootmotoren festgestellt worden sind, die den weiteren Bandenmitgliedern zugerechnet werden könnten. Ferner wurde die weitere Speicherung der bis dahin gewonnenen Daten angeordnet, weil zu erwarten sei, dass weitere Fahrzeuge der Gruppierung bekannt werden. Spätestens mit Anklageerhebung gegen die drei sich in Untersuchungshaft befindenden Beschuldigten seien die Daten zu löschen. Mittlerweile sind die in dem Verfahren durch das Kennzeichenerfassungssystem KESY gespeicherten Daten aufgrund der Verfügung der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) vom 10. Januar 2020 weitgehend gelöscht worden. Ausgenommen von der Löschungsanordnung wurden ausdrücklich die KESY-Daten von zwei Tagen, die als Beweismittel unverzichtbar sind. Diese KESY-Daten wurden von den polizeilichen Datenträgern gelöscht, auf DVD übertragen und befinden sich seit Anklageerhebung mit den Akten beim Landgericht Frankfurt (Oder).

In dem Verfahren 228 Js 12081/19 ordnete die Staatsanwaltschaft mit Verfügung vom 7. Juni 2019 ergänzend zu dem Beschluss des Amtsgerichts Frankfurt (Oder) vom 4. Juni 2019 gem. § 100 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 StPO die Herstellung von Bildaufnahmen und den Einsatz technischer Mittel im Rahmen der Observationsmaßnahmen an, insbesondere auch die Nutzung aller Anlagen des Kennzeichnungserfassungssystems KESY. In diesem Verfahren sind die KESY-Daten zwischenzeitlich vollständig gelöscht worden.

(2)

Die Voraussetzungen für die Anordnung der Herstellung von Bildaufnahmen und des Einsatzes technischer Mittel ohne Wissen der Betroffenen außerhalb von Wohnungen gem. § 100h Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 StPO lagen jeweils vor. Die Maßnahmen sind danach zulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes eines Beschuldigten auf andere Weise weniger erfolversprechend oder erschwert wäre, Dies ist - wie oben dargelegt - zu bejahen. Der Einsatz technischer Mittel erfordert gem. § 100h Abs. 1 Satz 2 StPO zudem, dass Gegenstand der Untersuchung eine Straftat von erheblicher Bedeutung ist. Die den Beschuldigten in den genannten Verfahren zur Last gelegten Tatvorwürfe des schweren Bandendiebstahls sind als schwere Straftaten zu qualifizieren und somit von erheblicher Bedeutung. Zuständig für die



Anordnung und den Einsatz der Maßnahmen nach § 100h StPO sind die Staatsanwaltschaft und ihre Ermittlungspersonen.

(3)

Die Anordnungen nach § 100h StPO rechtfertigten den Einsatz der automatischen Kennzeichenerfassung durch KESY. Es handelt sich insoweit um ein technisches Mittel nach § 100h Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StPO.

Unter den "sonstigen technischen Mitteln" sind solche zu verstehen, die in Abgrenzung zu § 100h Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 StPO weder der Herstellung von Bildaufzeichnungen noch der Aufzeichnung des nichtöffentlich gesprochenen Wortes innerhalb (§ 100c) oder außerhalb (§ 100f) von Wohnungen dienen. Von § 100h Abs. 1 S. 1 Nr. 2 StPO werden alle technischen Mittel erfasst, die der Ortung und Aufenthaltsbestimmung dienen (MüKoStPO/Günther, 1. Auflage, § 100h Rn. 5; BeckOK StPO/Hegmann, 34. Edition, § 100h Rn. 5). Dazu gehören etwa Peilsender, Nachtsichtgeräte, Bewegungsmelder, Alarmkoffer und GPS-Sender. Der Begriff der sonstigen besonderen technischen Mittel ist weit gefasst, um technischen Neuerungen Rechnung tragen zu können. Die Bestimmung des Mittels zu Observationszwecken ist auf den konkreten Einsatz im Strafverfahren bezogen, auch wenn es nicht eigens dafür konzipiert wurde (Hauck in: Löwe-Rosenberg, StPO, 26. Auflage, § 100h Rn. 7).

Die Verwendung der automatischen Kennzeichenerfassung KESY wurde in den genannten Verfahren der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) jeweils zum Zweck der Observation angeordnet und eingesetzt und war daher für Observationszwecke bestimmt.

Im Hinblick auf die erforderliche Abgrenzung zur Herstellung von Bildaufnahmen nach § 100h Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 StPO ist der Einsatz von KESY im Aufzeichnungsmodus als technisches Mittel nach § 100h Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StPO einzuordnen. Allerdings haben die Staatsanwaltschaften Koblenz und Würzburg in einem dort geführten Verfahren, in dem die automatische Kennzeichenerfassung ebenfalls zur Strafverfolgung eingesetzt worden ist, die Anordnung auf § 100h Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 StPO gestützt und damit die Aufzeichnungen der KfZ-Kennzeichen als Bildaufnahmen nach § 100h Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 StPO gewertet. Dem Verfahren lag zugrunde, dass ein unbekannter Täter über Jahre hinweg in weit über 100 Fällen auf der Autobahn Schüsse auf andere Fahrzeuge - bevorzugt Autotransporter - abgegeben hatte. Da sich trotz der Vielzahl der Taten keine weiterführenden Hinweise auf den Täter ergaben, wurden auf der Grundlage der staatsanwaltschaftlichen Anordnungen durch das Bundeskriminalamt im Zeitraum zwischen dem 3. Dezember 2012 und dem 23. Juni 2013 Anlagen zur automatischen Kennzeichenerfassung auf den Schwerpunktstrecken aufgestellt (vgl. BT-Drs. 17/14794 S. 2).



Bei der automatischen Kennzeichenerfassung KESY, wie sie im Land Brandenburg eingesetzt wird, werden indes nicht nur Bildaufnahmen des Kennzeichens gefertigt, sondern die Kennzeichen werden durch Software in Daten umgewandelt, die im Aufzeichnungsmodus zur weiteren Verarbeitung gespeichert werden. Vor diesem Hintergrund erscheint es sachgerecht, den Einsatz von KESY als technisches Mittel im Sinne von § 100h Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StPO einzustufen.

Dass bei Inkrafttreten des § 100h StPO in der aktuellen Fassung vom 1 Januar 2008 bzw. bei Inkrafttreten der Vorgänger-Regelung des § 100c Abs. 1 Nr. 1 lit. b StPO am 22. September 1992 das Instrument KESY als technisches Mittel noch nicht bekannt war, steht einer Anwendung der Norm vorliegend nicht entgegen. Die Vorschrift ist bewusst im Hinblick auf die fortschreitende technische Entwicklung offener formuliert worden (BGH NJW 2001, 1658).

Soweit gerichtliche Anordnungen neben der längerfristigen Observation den Einsatz der Kennzeichenerfassungsanlage KESY umfasst haben, sind letztere dementsprechend auf § 100h Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StPO gestützt worden (vgl. Beschluss des Amtsgerichts Oldenburg vom 10. Juli 2017; Beschluss des Amtsgerichts Frankfurt (Oder) vom 12. Juli 2019). Das Landgericht Frankfurt (Oder) hat in einer Entscheidung vom 22. Oktober 2019 den Betrieb einer automatisierten Kennzeichenüberwachungsanlage ebenfalls als Observationsmaßnahme im Sinne von § 100h Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StPO bewertet und die übrigen Voraussetzungen der Norm in einem vergleichbaren Fall von bandenmäßigen Kfz-Diebstählen bejaht. Nach Auffassung der Kammer erscheint es auch unter Berücksichtigung der massenhaften Speicherung von Daten unbeteiligter Dritter nicht offensichtlich fernliegend, dass § 100h StPO mit seinem immerhin abgestuften Prüfprogramm - Maßnahme gegen den Beschuldigten, Maßnahme gegen "andere Personen", Betroffenheit unbeteiligter Dritter nach Absatz 3 - für die Anordnung von KESY-Aufzeichnungen durch die Staatsanwaltschaft einschlägig ist.

(4)

Die Anordnungen nach § 100h Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StPO richteten sich nur gegen die Beschuldigten. Der Beschwerdeführer war nicht Zielperson der angeordneten Maßnahme. Die staatsanwaltschaftlichen Anordnungen nach § 100h Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StPO ergingen jeweils in Ergänzung der richterlichen Beschlüsse, mit denen die längerfristige Observation der einzelnen Beschuldigten angeordnet worden ist. Entgegen der Vermutung des Beschwerdeführers richteten sich die angeordneten Fahndungsmaßnahmen nicht gegen unbekannte Personen. Vielmehr sind jeweils in dem Tenor der Beschlüsse regelmäßig die Namen der Beschuldigten aufgeführt sowie Typ und amtliches Kennzeichen der von ihnen genutzten Fahrzeuge.



Soweit in dem Beschluss vom 9. März 2018 (Az. 228 Js 29241/17) die amtlichen Kennzeichen der Täterfahrzeuge nicht mitgeteilt wurden, handelt es sich um ein Versehen, das angesichts dessen, dass die erforderlichen Angaben in dem vorausgegangenen Beschluss vom 11. Dezember 2017 und dem nachfolgenden Beschluss vom 7. Juni 2018 enthalten sind, keine durchgreifenden Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit der Anordnung begründet.

Aus den Beschlüssen und den sich darauf beziehenden Anordnungen der Staatsanwaltschaft nach § 100h Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StPO ergibt sich somit hinreichend, dass die Maßnahme nur auf die Beschuldigten abzielte. Zwar erfasst und speichert die automatische Kennzeichenerfassung KESY im Aufzeichnungsmodus technisch bedingt die Kennzeichen aller Fahrzeuge, die die Anlage passieren, um einen späteren Abgleich mit den Kennzeichen der Täterfahrzeuge zu ermöglichen. Dabei handelt es sich indes um eine lediglich unvermeidbare Folge, die gem. § 100h Abs. 3 StPO nicht dazu führt, dass auf den Einsatz von KESY als technisches Mittel verzichtet werden muss.

Nach § 100h Abs. 3 StPO dürfen die Maßnahmen nach Abs. 1 auch durchgeführt werden, wenn Dritte unvermeidbar mitbetroffen werden. § 100h Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StPO erlaubt den Einsatz technischer Mittel auch zum Zweck der Erforschung des Sachverhalts, des Erkennens von Kontaktpersonen, der Feststellung von Anwesenheitszeiten des Beschuldigten sowie zur Identifizierung von Mittätern (BGH NStZ 1998, 629; Hegmann in BeckOK StPO § 100h Rn. 2). In diesen Fällen können Dritte immer mitbetroffen sein, etwa als Passanten bei der Anfertigung einer Bildaufzeichnung auf der Straße (KK-StPO/Bruns, 8. Auflage, § 100h Rn. 12).

Ziel des Einsatzes der automatischen Kennzeichenerfassung KESY in den hier relevanten Verfahren war es zu ermitteln, ob und wann die Beschuldigten bestimmte Transitstrecken passieren. Diese Taten werden mit den bekannten Tatorten und Tatzeiten in Beziehung gesetzt, um so weitere Erkenntnisse über etwaige Tatbeteiligungen zu erlangen. Zielsubjekt im strafrechtlichen Sinne sind somit allein die Beschuldigten. Soweit zu diesem Zweck auch die Kennzeichen der Kraftfahrzeuge von dritten Personen erfasst und für einen Abgleich gespeichert werden, ist dies - wie bei der Bildaufnahme eines Passanten auf der Straße - unvermeidbar, um das jeweils gesuchte Fahrzeug der Beschuldigten aus den Fahrzeugen ermitteln zu können, die die Kennzeichenerfassungsanlage passieren. Der Umstand, dass es sich um eine große Anzahl miterfasster Kennzeichen handelt, ist vielmehr im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung von Bedeutung und führt nicht dazu, dass unbeteiligte Dritte zu Zielpersonen der Observationsmaßnahme werden.



Die Anordnungen nach § 100h Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StPO waren auch verhältnismäßig. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verlangt, dass die Maßnahme zur Erreichung des angestrebten Zwecks geeignet und erforderlich ist und dass der mit ihr verbundene Eingriff nicht außer Verhältnis zur Bedeutung der Sache und zur Stärke des bestehenden Tatverdachts steht (BVerfG, Beschluss vom 2. August 1996 - 2 BvR 1511/96, NSTZ 1996, 606, 607).

Die Anordnungen zum Einsatz von KESY nach § 100h Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StPO waren geeignet, den mit der Norm verfolgten Zweck zu verwirklichen, nämlich zur Aufklärung von Straftaten erheblicher Bedeutung beizutragen. Die mit dem automatischen Kennzeichenlesesystem erlangten Daten können mit den Tatorten und Tatzeiten verglichen werden. Besteht ein örtlicher und zeitlicher Zusammenhang stellt das Ergebnis ein wichtiges Indiz für eine Tatbeteiligung dar und ermöglicht weitergehende Ermittlungen.

Die Verwendung der automatischen Kennzeichenerfassung KESY war zur Erreichung des in § 100h StPO genannten Zwecks auch erforderlich. Ohne die Maßnahme wäre die Aufklärung der Straftaten wesentlich erschwert. So bewegten sich die Beschuldigten bei den Taten, die Gegenstand des Ermittlungsverfahrens 228 Js 29241/17 sind, zur Tatausführung aus Polen nach Brandenburg und wenige Stunden später nach Tatausführung mit der Tatbeute aus dem Bundesgebiet zurück nach Polen. Sie nutzten hierbei wechselnde Kraftfahrzeuge. Soweit diese identifiziert wurden, konnten durch einen Abgleich dieser Fahrzeugkennzeichen mit Tatorten und Tatzeiten von Außenborderdiebstählen wertvolle Ermittlungsansätze gewonnen werden, die auf andere Weise nicht hätten erbracht werden können.

Die angeordnete Maßnahme und der damit für die Beschuldigten verbundene Grundrechtseingriff stehen auch nicht außer Verhältnis zur Bedeutung der Sache und der Stärke des Tatverdachts. Wie sich aus den richterlichen Beschlüssen zur längerfristigen Observation ergibt, bestand gegen die Beschuldigten ein Anfangsverdacht wegen erheblicher Straftaten. Den Beschuldigten wird jeweils vorgeworfen, mehrfachen schweren Bandendiebstahl gem. § 244a StGB begangen zu haben, welchen das Gesetz nach § 100a Abs. 2 lit. j StPO als schwere Straftat einordnet. Demgegenüber handelt es sich bei der Erfassung, Speicherung und Auswertung der Kennzeichen der von den Beschuldigten genutzten Fahrzeuge lediglich um geringe Eingriffe in deren allgemeines Persönlichkeitsrecht, die im Vergleich zur Schwere der Tatvorwürfe nicht unangemessen sind.

(6)

Die Anordnung des Einsatzes von KESY ist auch vor dem Hintergrund, dass eine Vielzahl von Kfz-Kennzeichen unvermeidbar miterfasst und gespeichert werden, noch verhältnismäßig.



Die Erfassung der Kennzeichen, deren Speicherung und anschließende Auswertung stellt zwar einen Grundrechtseingriff gegenüber allen Personen dar, deren Kennzeichen von der automatischen Kennzeichenerfassung betroffen sind (vgl. BVerfG, Beschluss vom 18. Dezember 2018-1 BvR 142/15, zitiert nach juris Rn. 47). Es handelt sich indes um einen Eingriff von geringer Intensität. Der Eingriff findet im öffentlichen Verkehrsraum statt. Sowohl die Kraftfahrzeugkennzeichen als auch das erfasste Bewegungsverhalten sind ohne weiteres für alle erkennbar. Die Maßnahme bezieht sich nur auf die amtlichen Kennzeichen der Fahrzeuge. Es wird lediglich eine rückwärtige Bildaufnahme des Fahrzeugs sowie ein vergrößertes Bild der Kennzeichentafel erzeugt. Insassen sind nicht zu erkennen. Individuellere personenbezogene Daten werden somit nicht erfasst. Die Aussagekraft der erhobenen Daten ist - etwa im Vergleich zu Telekommunikationsverkehrsdaten - sehr gering. Ein Personenbezug ließe sich nur durch weitere Ermittlungen, z. B. eine Halterabfrage, herstellen. Derartige Folgemaßnahmen kommen indes nur in Betracht, wenn ein Anfangsverdacht nach § 152 StPO zu bejahen ist. Sofern dies nicht der Fall ist, bleibt der Eingriff für die unvermeidbar mitbetroffenen Personen folgenlos. Insbesondere werden die Daten dieser Personen - anders als bei den Beschuldigten als Zielpersonen - nicht zur Gewinnung weiterer Informationen, etwa zur Erstellung eines Bewegungsbildes, genutzt.

Zwar wird das Gewicht des Eingriffs dadurch erhöht, dass sich die automatische Kennzeichenerfassung auf eine unbestimmte Anzahl von Personen erstreckt, die keinen Anlass für strafrechtliche Ermittlungen gegeben haben, sowie durch ihre verdeckte und flächendeckende Anwendung (vgl. BVerfG, Beschluss vom 18. Dezember 2018-1 BvR 142/15 Rn. 98). Dennoch ist die verdeckte Verwendung der automatischen Kennzeichenerfassung im Interesse der Strafverfolgung angemessen.

Beim Einsatz zu repressiven Zwecken - wie hier - steht dem Grundrechtseingriff der Schutz bedeutender Rechtsgüter gegenüber. Das Anliegen einer funktionstüchtigen und effektiven Strafverfolgung hat Verfassungsrang. Das Bundesverfassungsgericht hat wiederholt die unabweisbaren Bedürfnisse einer wirksamen Strafverfolgung und Verbrechensbekämpfung hervorgehoben, das öffentliche Interesse an einer möglichst vollständigen Wahrheitsermittlung im Strafverfahren betont und die wirksame Aufklärung gerade schwerer Straftaten als einen wesentlichen Auftrag eines rechtsstaatlichen Gemeinwesens bezeichnet (vgl. BVerfG, Beschluss vom 1. Oktober 1987 - 2 BvR 1434/86, zitiert nach juris, Rn. 20, BVerfGE 77, 65, 76; Beschluss vom 14. September 1989-2 BvR 1062/87, zitiert nach juris, Rn. 21, BVerfGE 80, 367, 375; Beschluss vom 15. Januar 2009 - 2 BvR 2044/07, zitiert nach juris Rn. 75, BVerfGE 122, 248,



272). Es geht vorliegend um die Aufklärung schwerer grenzüberschreitender Eigentumskriminalität, die auf andere Weise nicht aussichtsreich erfolgen könnte.

Dass die Kennzeichenerfassung verdeckt erfolgt, ist notwendig, um den Zweck der Maßnahme, ein Bewegungsbild der Beschuldigten zu erlangen, zu erreichen. Anderenfalls liefe die Anordnung ins Leere, da die Beschuldigten den Kontrollen ausweichen könnten. Auch der flächendeckende Einsatz der Kennzeichenerfassung war in den hier relevanten Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) erforderlich. Wie sich aus dem Vermerk der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) vom 29. Mai 2019 ergibt, lagen die Tatorte in dem 228 Js 29241/17 im gesamten Gebiet des Landes Brandenburg sowie im nördlichen europäischen Ausland, so dass die Beschränkung der Nutzung der KESY-Anlagen auf Anlagen in der Nähe der deutsch-polnischen Grenze die Gefahr mit sich gebracht hätte, dass wichtige Erkenntnisse zum Reiseverhalten der Täter und etwaigen weiteren Taten verloren gehen.

Die automatische Kennzeichenerfassung stellt gerade in einem Flächenland wie Brandenburg mit einer langen Staatsgrenze zu Polen und mit mehreren bundesweit wichtigen Fahrzeugtransitstrecken nach Osteuropa eine besonders wichtige Ermittlungsmaßnahme dar, die auch zur Stärkung der Sicherheit und des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung beiträgt. Durch sie können Taten der grenzüberschreitenden bandenmäßigen Eigentumskriminalität aufgeklärt und nachfolgend die Bestrafung der Täter erreicht werden. Dadurch werden solche Straftaten für die Täter zunehmend unattraktiv.

Vor dem Hintergrund des Wegfalls der Grenzkontrollen nach Polen im Jahr 2007 ist der Einsatz von KESY ein wertvolles und unabdingbares Instrument bei der Tataufklärung der schweren grenzüberschreitenden Eigentumskriminalität. In diesem Zusammenhang darf auch nicht außer Acht gelassen werden, dass nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die automatische Kennzeichenerfassung zu präventiven Zwecken als Ausgleich für den Wegfall der innereuropäischen Grenzkontrollen gerechtfertigt ist. Wenn die Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage des Unionsrechts die Grenzen öffnet und auf Grenzkontrollen verzichtet, ist es im Grundsatz gerechtfertigt, wenn als Ausgleich hierfür zur Gewährleistung der Sicherheit die allgemeinen Gefahrenabwehrbefugnisse - etwa durch automatisierte Kraftfahrzeugkennzeichenkontrollen - spezifisch erweitert werden (BVerfG, Beschluss vom 18. Dezember 2018 - 1 BvR 142/15. Rn. 140ff).

Ferner ist bei der Bewertung der Verhältnismäßigkeit zu berücksichtigen, dass das zuständige Gericht jeweils die längerfristige Observation der Beschuldigten angeordnet hatte.



Auch die mit der Anordnung des Einsatzes von KESY bezweckte Speicherung der erfassten Kennzeichendaten erweist sich als verhältnismäßig. Aufgrund der Vielzahl der Beschuldigten und der großen Anzahl der Tatorte, die insbesondere in dem Verfahren 228 Js 29241/17 ständig zunahm, sowie wegen der wechselnden Tatfahrzeuge und der grenzüberschreitenden Tatbegehung sind die sonstigen Ermittlungsmöglichkeiten sehr beschränkt. Es gäbe sonst keine Möglichkeit, erst später bekannt gewordene weitere Tatfahrzeuge sowie sonstige Ermittlungserkenntnisse, wie sie in solchen Komplexverfahren erst sukzessive gewonnen werden, in den Abgleich mit einzubeziehen. In komplexen Bandenverfahren - wie hier - können die Zusammenhänge zwischen einzelnen Fahrzeugen bzw. Fahrzeugkennzeichen häufig kurzfristig nicht hergestellt werden und würden bei zeitnaher Löschung verloren gehen. Zudem können durch die Speicherung auch für einen Beschuldigten entlastende Momente offenbar werden.

Die Speicherung erfolgt zudem in einem polizeilich gesicherten System, auf das nur die zuständigen Sachbearbeiter der Polizei zugreifen können, deren Zugriff dokumentiert wird.

Schließlich ist hier auch von Bedeutung, dass nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sogar eine anlasslose Speicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten zum Zwecke der Effektivierung der Strafverfolgung grundsätzlich gerechtfertigt sein kann (vgl. BVerfG, Urteil vom 2. März 2010-1 BvR 256/08, zitiert nach juris Rn. 206f, BVerfGE 125, 260). Dies muss erst recht für die durch die automatische Kennzeichenerfassung zu erlangenden Daten gelten, die viel weniger Aussagekraft in Bezug auf die betroffenen Personen besitzen als Verkehrsdaten der Telekommunikation.

(7)

Die von der Staatsanwaltschaft angeordneten Maßnahmen genügen auch den sich aus dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz ergebenden Anforderungen an Transparenz und Kontrolle (vgl. BVerfG, Beschluss vom 18. Dezember 2018-1 BvR 142/15, Rn. 154).

Die Staatsanwaltschaft hat die jeweiligen Anordnungen nach § 100h Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StPO dokumentiert, wobei die Anordnungen vom 2. Juli 2018 und vom 22. Mai 2019 in dem Verfahren 228 Js 29241/17 und vom 7. Juni 2019 in dem Verfahren 228 Js 12081/19 den Einsatz der automatischen Kennzeichenerfassung ausdrücklich umfassen. Die in § 101 Abs. 8 StPO vorgesehene unverzügliche Löschung der gespeicherten Daten ist, soweit diese für die Ermittlungen nicht mehr erforderlich waren, erfolgt.

Der Benachrichtigungspflicht aus § 101 Abs. 4, 5 StPO wird die Staatsanwaltschaft zu gegebener Zeit nachkommen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass gem. § 101 Abs. 4 Satz 5 StPO



Nachforschungen zur Feststellung der Identität nur vorzunehmen sind, wenn dies unter Berücksichtigung der Eingriffsintensität der Maßnahme gegenüber dieser Person, des Aufwands für die Feststellung der Identität sowie der daraus für diese oder andere Personen folgenden Beeinträchtigungen geboten ist. Mit der Regelung folgte der Gesetzgeber der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, das darauf hingewiesen hat, dass bei Nachforschungen zur Feststellung der Identität der Betroffenen der Grundrechtseingriff sowohl für die Zielperson wie auch für sonstige Beteiligte sich vertiefen kann und deshalb eine Abwägung getroffen werden muss. Dabei sind neben der Intensität des Eingriffs der Aufwand zur Identitätsfeststellung abzuwägen und welche Beeinträchtigungen damit für die Zielperson und sonstige Beteiligte verbunden sein können (BVerfG, Urteil vom 3. März 2004 - 1 BvR 2378/98, zitiert nach juris Rn. 307, BVerfGE 109, 279). Danach dürfte im Fall der automatischen Erfassung der Kennzeichen unbeteiligter Dritter eine Benachrichtigung unterbleiben, weil erst durch eine Halterabfrage die Identität der Betroffenen ermittelt werden müsste und damit der Eingriff erheblich vertieft würde.

b) Art und Weise der Umsetzung der Anordnung nach § 100h Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StPO

Bedenken bestehen gegen die Rechtmäßigkeit der Art und Weise der Umsetzung der Anordnung nach § 100h Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StPO im Rahmen der längerfristigen Observation. Der Beschwerdeführer weist zutreffend darauf hin, dass mit dem Einsatz von KESY die Kennzeichen von massenhaft unbeteiligten Dritten erfasst und gespeichert werden.

Problematisch ist insbesondere, dass die Erfassung und Speicherung der Kfz-Kennzeichen praktisch durchgehend seit 2017 erfolgt. Zwar sind die erlangten personenbezogenen Daten zu löschen, wenn diese weder zur Strafverfolgung noch für eine etwaige gerichtliche Überprüfung der Maßnahme erforderlich sind (§ 101 Abs. 8 StPO). Die Löschung der Daten erfolgte indes nur dann, wenn es für den betreffenden Zeitraum keine weiteren Anordnungen aus anderen Verfahren gab. Dies war seit Anfang des Jahres 2017 bis zur Antragstellung des Beschwerdeführers im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums noch nicht der Fall.

Andererseits ist zu berücksichtigen, dass die Frage, wann eine Löschung der Daten in Betracht kommt, regelmäßig abhängig vom jeweiligen Einzelfall ist. Frühestens im Rahmen der Entscheidung, ob Anklage zu erheben ist, können die erlangten Daten daraufhin abschließend auf ihre Relevanz geprüft werden.

Die Datensammlung durch die automatische Kennzeichenerfassung erweist sich zudem insoweit als problematisch, als die Daten, die auf der Grundlage einer staatsanwaltschaftlichen Anordnung nach § 100h Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StPO in Verbindung mit der richterlichen Anordnung der



längerfristigen Observation nach § 163f StPO erlangt worden sind, auch in anderen Verfahren genutzt werden können, wenn die Voraussetzungen für die Nutzung der Daten in dem anderen Verfahren nach § 477 StPO vorliegen.

Die Verwendung der Daten in anderen Strafverfahren und deren Übermittlung ist nur in bestimmten Fällen möglich. Zentrale Voraussetzung ist der in § 477 Abs. 2 Satz 2 StPO normierte sogenannte hypothetische Ersatzeingriff. Die Daten sollen also nur in solchen Strafverfahren Verwendung finden, in denen sie auch selbst hätten erhoben werden können. Damit soll die Regelung sicherstellen, dass der ursprüngliche Erhebungszweck und der neue Verwendungszweck vergleichbar sind und durch die Zweckumwidmung nicht grundrechtsschützende Regelungen der jeweiligen Erhebungsvorschriften umgangen werden. Die auf §§ 100h Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, 163f StPO gestützte Kennzeichenerfassung ist an besondere rechtliche Voraussetzungen geknüpft (s. o.) und eine Weitergabe dementsprechend nur zulässig, wenn diese Voraussetzungen auch in dem anderen Strafverfahren gegeben sind. Die insoweit erforderliche rechtliche Prüfung obliegt gem. § 478 Abs. 1 Satz 1, Satz 5, 2. Halbsatz StPO im vorbereitenden Verfahren und nach rechtskräftigem Abschluss des Verfahrens der Staatsanwaltschaft, im Übrigen dem Vorsitzenden des mit der Sache befassten Gerichts.

Im Hinblick auf die dargelegten Bedenken wäre eine ausdrückliche gesetzliche Regelung des Einsatzes der automatischen Kennzeichenerfassung im Strafverfahren wünschenswert. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits in seiner Entscheidung zu der Vorgängernorm von § 100h StPO, § 100c StPO a. F. darauf hingewiesen, dass der Gesetzgeber die technischen Entwicklungen aufmerksam beobachten und gegebenenfalls korrigierend eingreifen muss (BVerfG, Urteil vom 12. April 2005 - 2 BvR 581/01 Rn. 49).

Anlässlich der erstmals im Frühjahr 2019 öffentlich gewordenen Erkenntnisse zum Umfang der gespeicherten Daten beim Einsatz automatischer Kennzeichenerfassungsanlagen haben sich die Bundesländer im Rahmen der Justizministerkonferenz am 5. und 6. Juni 2019 mit dieser Ermittlungsmaßnahme befasst. Sie haben sich für eine ausdrückliche gesetzliche Regelung ausgesprochen, die Voraussetzungen, Umfang und Grenzen des Einsatzes der automatischen Kennzeichenerfassung im Strafverfahren regelt. Seit dem 1. Juli 2021 regelt § 163g StPO – nach überwiegender Auffassung abschließend – den Einsatz der automatischen Kennzeichenerfassung im Strafverfahren, und zwar nur im Fahndungsmodus. In seiner Sitzung am 5. März 2021 hat der Bundesrat wegen des erkannten Bedarfs auch für den Einsatz im Aufzeichnungsmodus beschlossen, dass im weiteren Gesetzgebungsverfahren geprüft werden soll, ob der gegenwärtige Gesetzesentwurf der Bundesregierung um die Möglichkeit automatisierter Kennzeichenlesesysteme im Aufzeichnungsmodus ergänzt werden kann (Bundesrat Drucksache



57/21 vom 5. März 2021).



Staatsanwalt